



Niederschrift

über die

Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungsdatum: Montag, den 12.09.2011
Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:05 Uhr
Ort, Raum: Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

Anwesend waren:

Landrat

Nuß, Eberhard

stellv. Landrat

Schäfer, Elisabeth
Joßberger, Ernst

Mitglieder der CSU Fraktion

Ländner, Manfred MdL
Eberth, Thomas
Lehrieder, Paul MdB
Wallrapp, Maria

Mitglieder der SPD Fraktion

Halbleib, Volkmar MdL
Linsenbreder, Eva

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Trautner, Christoph

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Fuchs, Rainer
Freiherr von Zobel, Heinrich

Mitglieder der FDP

Kuhl, Wolfgang

Stellvertreter

Koch, Heinz
Meckelein, Karl

Vertretung für Herrn Peter Stichler
Vertretung für Herrn Bruno Scheiner

Schriftführer/in

Münch, Alexandra

Außerdem anwesend:

1 Vertreter der Medien
Kreisrat Ernst-Alfred Kienast

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Einführung einer Sitzungsmanagementsoftware "Session";
Veröffentlichung von Niederschriften im Internet **S 2/009/2011**
2. Förderung von Aktivitäten mit Partnerlandkreisen/regionen des Land-
kreises Würzburg **S 2/010/2011**
3. Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2009 **KrPA/009/2011**
4. Vorbereitung der Kreistagssitzung am 07.10.2011 **S 2/011/2011**
5. Sonstiges - Schulbegleiter

Landrat Eberhard Nuß begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Gäste, die Damen und Herren der Verwaltung sowie den Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist und mit der Tagesordnung Einverständnis besteht.

		Vorlage: S 2/009/2011
	Termin	TOP 1
Kreisausschuss	12.09.2011	öffentlich

Fachbereich: Büro des Landrats

Betreff:

**Einführung einer Sitzungsmanagementsoftware "Session";
Veröffentlichung von Niederschriften im Internet**

Sachverhalt:

Der Landkreis Würzburg hat Ende des vergangenen Jahres eine Sitzungsmanagement-Software mit dem Namen „Session“ eingeführt.

„Session“ wurde entwickelt, um die tägliche Arbeit in allen Bereichen des Sitzungsdienstes zu erleichtern. Es werden alle Vorgänge, wie Vorlagenerstellung und Sitzungsbearbeitung zentral in einer Datenbank verwaltet, die Informationen sind somit jederzeit abrufbar und eine flexibel an die Verwaltung angepasste Automatisierung der Abläufe wird erreicht.

Gleichzeitig ermöglicht das System den Kreisrätinnen und Kreisräten, sich durch im Internet bereitgestellte Unterlagen (Tagesordnung, Beratungsunterlagen des öffentlichen Teils) zeitnah auf die jeweilige Sitzung vorzubereiten. Darüber hinaus können Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen „ins Netz“ gestellt werden und das System bietet eine umfangreiche Recherche- und Archivfunktion. Der Zugang für die Kreisräte über das Internet wird durch die Zuteilung eines entsprechenden Passwortes ermöglicht. Eine Einführung und Einweisung über die sich den Kreisrätinnen und Kreisräten bietenden Möglichkeiten wird in der Kreistagsitzung am 07.10.2011 gegeben werden.

Neben diesem Ratsinformationssystem für Kreisrätinnen und Kreisräte gibt es die Möglichkeit eines Amtsinformationportals, worüber die Bediensteten im Hause über Intranet ebenfalls Zugang zu Sitzungsterminen, Tagesordnungen und Niederschriften des öffentlichen Teils haben.

Darüber hinaus gibt es ein drittes Portal, nämlich das so genannte Bürgerinformationssystem. Über ein solches Bürgerinformationssystem im Internet können interessierte Bürgerinnen und Bürger sich über anstehende Sitzungen der Landkreisgremien und über die zur Beratung und Beschlussfassung anstehenden Themen des öffentlichen Teils informieren. Es besteht zudem die Möglichkeit, die kompletten Niederschriften aus öffentlichen Sitzungen durch das Internetangebot des Landkreises einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Session bietet neben der genannten Informationsverbesserung als weiteren großen Vorteil eine überwiegend papierlose Abwicklung. Es müssen nicht mehrere hunderte von Seiten für Einladungen, Beratungsunterlagen und Protokolle kopiert werden, sei es für die Mitglieder des Kreistages oder die Mitarbeiter im Hause. Es besteht die Möglichkeit, solche Unterlagen am Bildschirm zu lesen und nur bei Bedarf auszudrucken. Ebenso verhält es sich mit umfangreichen Anlagen, die nun als PDF-Datei im Netz bereitgestellt werden können.

Auch auf die datenschutzrechtliche Sicht dieses Verfahrens ist hinzuweisen. Durch automatisierte Auswertungen über verschiedene Suchkriterien können theoretisch Anwesenheitsprofile von Kreistagsmitgliedern oder Referenten erstellt werden.

Das positive Beispiel von vielen Landkreisen und Städten, die dieses System bereits nutzen, zeigt aber, dass Bedenken wegen dieser möglichen Eingriffe zurückgestellt werden können.

Bei einer positiven Entscheidung für eine Veröffentlichung von Niederschriften im Internet muss **§ 28 der Geschäftsordnung des Kreistages** geändert werden. Diese Bestimmung sieht bisher vor, dass die Einsicht in die Niederschriften über öffentliche Sitzungen allen Kreisbürgern freisteht. Die in öffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüsse können im Internet veröffentlicht werden.

Das bedeutet, dass ein interessierter Bürger bisher in das Amt kommen musste und dort Einblick in die Niederschriften des öffentlichen Teils einer Sitzung nehmen konnte.

Die neue Fassung des § 28 müsste wie folgt lauten:

„Die Einsicht in die Niederschriften über öffentliche Sitzungen steht allen Kreisbürgern frei (Art. 48 Abs. 2 Satz 2 Landkreisordnung). Niederschriften über öffentliche Sitzungen können im Internet veröffentlicht werden.“

Die Verwaltung schlägt nach Absprache mit den Fraktionssprechern den im Kreistag vertretenen Gruppierungen folgende weitere Vorgehensweise vor:

1. Dem Kreistag sollte in der nächsten Sitzung am 07.10.2011 vorgeschlagen werden, sein Einverständnis zum Sitzungsprogramm Session zu geben. In der genannten Sitzung soll von einem Mitarbeiter der AKDB eine Einführung und Anweisung zur Anwendung dieses Programms für die Kreisrätinnen und Kreisräte erfolgen.
2. Die Einladungen mit Beratungsunterlagen werden ab 2012 wie bisher in Papierform an die jeweiligen Ausschussmitglieder bzw. beim Kreistag an alle Kreisrätinnen und Kreisräte übersandt.

Diese Unterlagen erhalten neben Ausschussmitgliedern noch die Sprecher der Fraktionen und die stellvertretenden Landräte.

Die übrigen Kreisräte erhalten von den Ausschusseinladungen einen Abdruck mit dem Hinweis, dass die Beratungsunterlagen im Netz eingestellt sind.

Die Niederschriften über die jeweiligen öffentlichen Sitzungen werden künftig ins Netz eingestellt (also nicht mehr in Papierform übersandt) und können von allen Kreisrätinnen und Kreisräten über das Ratsinformationsportal eingesehen und bei Bedarf aufgedruckt werden.

3. Da durch die Anwendung des Ratsinformationsportals für die Kreisrätinnen und Kreisräte erhöhte Aufwendungen in Form von Druckerpatronen, Papierausdruck etc. entstehen, wird dem Kreistag vorgeschlagen, die monatliche Aufwandsentschädigung von bisher 60 € auf neu 70 € zu erhöhen.
4. Das Bürgerinformationsportal kann dann ebenfalls ab 2012 aktiviert werden.

5. Kreisrätinnen und Kreisräte, die über keinen Computer verfügen, erhalten alle erforderlichen Unterlagen weiterhin in Papierform.

Debatte:

Nach einem ausführlichen Sachvortrag von **Herrn Buchner**, Stabsstelle des Landrats, äußern sich die Sprecher der verschiedenen Gruppierungen im Kreisausschuss.

Kreisrat Halbleib, MdL, bezeichnet die Einführung des Informationssystems als einen guten Schritt in der Kreispolitik. Der Kontakt zum Bürger werde gefördert. Informationen über öffentliche Sitzungen seien für den Bürger 1:1 nachlesbar. Für die Kreisräte sieht er eine wichtige Recherche- und Arbeitsmöglichkeit. Insgesamt beurteile er das Vorhaben positiv.

Kreisrat Fuchs weist darauf hin, dass dieses Programm in der Gemeinde Rottendorf mit Beginn der neuen Wahlperiode bereits eingeführt sei. Auch er sieht das ganze positiv. Ziel sei, irgendwann mit so wenig Papier wie nur möglich zu arbeiten.

Kreisrat Ländner, MdL, erkennt an, dass mehr Transparenz gefordert sei, er warnt aber davor, das neue System nicht nur zu reinen Populismuszwecken zu nutzen.

Kreisrat Kuhl steht ohne wenn und aber zur Einführung des neuen Systems. Auch er begrüßt die Möglichkeit der Einsichtnahme durch die Bürger.

Kreisrat Trautner gibt für seine Fraktion ebenfalls die Zustimmung zum neuen System, alleine schon aus Umweltschutzgründen.

Alle Fraktionssprecher sehen die von **Landrat Nuß** angesprochenen Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes gelassen.

In weiteren Wortmeldungen teilt **Kreisrat Meckelein** mit, dass in der VGem Hettstadt ebenfalls mit dem Programm gearbeitet werde und er nach anfänglichen Bedenken auch von dem Programm begeistert sei. Vor allem jüngere Leute würden sich dieser Informationen bedienen.

Kreisrat Lehrieder, MdB, bittet um einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Protokoll, gerade was die Ausdrucksweise mancher Wortmeldungen angehe, die dann die Öffentlichkeit lesen könne.

Es entwickelt sich eine kurze Debatte über die Art des Protokolls, vom Ergebnisprotokoll bis zum Wortprotokoll. Im letzten ist man sich einig, das Protokoll wie bisher weiter zu führen und wie vorgeschlagen zu veröffentlichen.

Am Ende der Debatte lässt Landrat Nuß über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag im Zusammenhang mit der Einführung der Sitzungsmanagement-Software „Session“ nachfolgendes:

1. Der Veröffentlichung von Niederschriften aus öffentlichen Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse im Internet über ein Ratsinformations- und ein Bürgerinformationssystem wird zugestimmt.
2. § 28 der Geschäftsordnung des Kreistages soll wie folgt neu gefasst werden:
„Die Einsicht in die Niederschriften über öffentliche Sitzungen steht allen Kreisbürgern frei (Art. 48, Abs. 2, Satz 1 Landkreisordnung). Niederschriften über öffentliche Sitzungen können im Internet veröffentlicht werden.“
3. Ab 2012 erhalten die Mitglieder von Ausschüssen, die stellvertretenden Landräte und die Fraktionssprecher, bei Kreistagssitzungen alle Mitglieder, die Einladung und die Beratungsunterlagen in schriftlicher Form (Kreisausschuss und Kreistag auch den nicht öffentlichen Teil). Bei Ausschusssitzungen werden die restlichen Mitglieder des Kreistages durch Abdruck der Einladung informiert und können Beratungsunterlagen im Ratsinformationssystem abrufen. Die Niederschriften über den öffentlichen Teil aller Sitzungen werden nicht mehr in Papierform übersandt, sondern können über das Ratsinformationssystem gelesen und ggf. auch ausgedruckt werden.
4. Die Satzung zur Regelung der Entschädigung ehrenamtlich tätiger Kreisräte und Bürger wird in § 2 dahingehend abgeändert, dass anstelle von bisher 60 € ab dem 01.01.2012 neu 70 € an Aufwandsentschädigung festgesetzt wird.
5. Das Ratsinformationssystem und das Bürgerinformationssystem sollen ab 2012 eingeführt werden.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag im Zusammenhang mit der Einführung der Sitzungsmanagement-Software „Session“ nachfolgendes:

6. Der Veröffentlichung von Niederschriften aus öffentlichen Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse im Internet über ein Ratsinformations- und ein Bürgerinformationssystem wird zugestimmt.
7. § 28 der Geschäftsordnung des Kreistages soll wie folgt neu gefasst werden:
„Die Einsicht in die Niederschriften über öffentliche Sitzungen steht allen Kreisbürgern frei (Art. 48, Abs. 2, Satz 1 Landkreisordnung). Niederschriften über öffentliche Sitzungen können im Internet veröffentlicht werden.“
8. Ab 2012 erhalten die Mitglieder von Ausschüssen, die stellvertretenden Landräte und die Fraktionssprecher, bei Kreistagssitzungen alle Mitglieder, die Einladung und die Beratungsunterlagen in schriftlicher Form (Kreisausschuss und Kreistag auch den nicht öffentlichen Teil). Bei Ausschusssitzungen werden die restlichen Mitglieder des Kreistages durch Abdruck der Einladung informiert und können Beratungsunterlagen im Ratsinformationssystem abrufen. Die Niederschriften über den öffentlichen Teil aller Sitzungen werden nicht mehr in Papierform übersandt, sondern können über das Ratsinformationssystem gelesen und ggf. auch ausgedruckt werden.

9. Die Satzung zur Regelung der Entschädigung ehrenamtlich tätiger Kreisräte und Bürger wird in § 2 dahingehend abgeändert, dass anstelle von bisher 60 € ab dem 01.01.2012 neu 70 € an Aufwandsentschädigung festgesetzt wird.
10. Das Ratsinformationssystem und das Bürgerinformationssystem sollen ab 2012 eingeführt werden.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KA/2011.09.12/Ö-1

Zur weiteren Veranlassung an S2, ZFB 4

Zur Kenntnis an

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzender

Kreisausschuss	Termin 12.09.2011	Vorlage: S 2/010/2011
		TOP 2
		öffentlich

Fachbereich: Büro des Landrats

Betreff:

Förderung von Aktivitäten mit Partnerlandkreisen/regionen des Landkreises Würzburg

Sachverhalt:

Wie den Mitgliedern des Kreisausschusses bekannt ist, unterhält der Landkreis Würzburg zwei Partnerschaften. 1997 wurde eine Partnerschaftsurkunde mit dem Landkreis Matte Yehuda in Israel und 2005 eine Partnerschaft mit der Region Olmütz, Tschechien, abgeschlossen. Dieser ging bereits eine Partnerschaft seit 1997 mit dem Landkreis Sumpark (Mährisch Schönberg) voraus. Dieser Landkreis wurde im Zuge der Gebietsreform in Tschechien in die Region Olmütz eingegliedert.

Die beiden Partnerschaften sind eingegangen worden, um das Verständnis füreinander aufzubauen, die Lebensweisen des andern kennenzulernen und vor allen Dingen um neben der politischen Ebene auch auf anderen Ebenen, z.B. Schüleraustausch, Vereine u.ä. mehr, gegenseitige Beziehungen aufzubauen.

Das erfreuliche Ergebnis verschiedener Besuche von Delegationen untereinander sind schon mehrere Kontakte außerhalb der politischen Ebene. Im Rahmen eines Jugendaustausches gibt es im zweijährigen Turnus Besuche von Schülern des Deutschhaus Gymnasiums in Israel in der Ein-Karem-High School. Es sind mit Matte Yehuda in Israel gemeinsame Bestrebungen im Gange, Annäherungen beim Ausbau des Weintourismus zu finden.

Es gab bereits zwei Bürgerreisen in die Region Olmütz, eine Musikkapelle aus Rimpar hat eine Gemeinde in der Region Olmütz besucht und vor kurzem war im Rahmen der Europatage der Musik in Rimpar ein tschechisches Orchester vor Ort. Des Weiteren laufen mit Olmütz sehr intensive Kontakte über den Kreisjugendring Würzburg. So waren bereits verschiedene Jugendorganisationen in Olmütz und Olmützer Organisationen in Würzburg. Weitere Projekte sind geplant für September und November.

Diese Kontakte sollen dazu führen, dass die Partnerschaften nach und nach als Selbstläufer von alleine über die Bühne gehen. Bis dies soweit ist, sind häufig finanzielle Kraftakte der Organisatoren erforderlich.

So hat die Musikkapelle in Rimpar im Mai d.J. mitgeteilt, dass für Unterbringungs- und Verpflegungskosten für die 53 Musiker aus Tschechien etwa 4.000 € an Unkosten anfallen. Dies zu tragen, sei für einen relativ kleinen Verein nicht leicht, weshalb man um einen Zuschuss des Landkreises Würzburg bitte.

Auch die Vermittlungen des Kreisjugendringes in Sachen Jugendaustausch mit Olmütz kosten Geld und sind alleine von der Organisation bzw. von den Teilnehmern nicht zu tragen.

Es wird daher angeregt, einen Fördertopf bereitzustellen, aus dem ausschließlich Maßnahmen gefördert werden, die unmittelbar den beiden vom Landkreis Würzburg abgeschlossenen Partnerschaften dienen. Die bereitgestellten Mittel sollen als eine Art Anschubfinanzierung gesehen werden und zunächst für die nächsten drei Jahre im Haushalt bereitstehen. Danach wird zu überprüfen sein, inwieweit Verbindungen alleine laufen.

Die Verwaltung schlägt vor, jeweils einen Betrag von 10.000 € beginnend ab 2012 für 2012, 2013 und 2014 im Haushalt einzustellen. Über die Bezuschussung im Einzelnen sollte der Ausschuss für Sport, Kultur und Ehrenamt entscheiden. Unerlässliches Kriterium ist eine Aktivität innerhalb der beiden vom Landkreis Würzburg abgeschlossenen Partnerlandkreise.

Der Musikkapelle Rimpar sollte im Nachhinein ein Anerkennungsbeitrag von 500 € gewährt werden.

Debatte:

Landrat Nuß informiert kurz über die Aktivitäten innerhalb der beiden Partnerschaften, die der Landkreis Würzburg abgeschlossen hat. Er unterstützt den Vorschlag der Verwaltung, Aktivitäten von Dritten innerhalb dieser beiden Partnerschaften auch finanziell zu unterstützen.

Kreisrat Lehrieder, MdB, schlägt vor, den Zuschuss für die Musikkapelle Rimpar auf 1.000,00 Euro zu erhöhen. Nach einer kurzen Debatte hierüber besteht mehrheitlich mit diesem Betrag Einverständnis.

Landrat Nuß lässt nach Ende der Debatte über den Beschlussvorschlag, der für Rimpar einen Zuschuss von 1.000,00 Euro vorsieht, abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, für die Haushaltsjahre 2012, 2013 und 2014 jeweils einen Betrag von 10.000 € zur Förderung von Aktionen innerhalb der Partnerschaften mit der Partnerregion Olmütz und dem Partnerlandkreis Matte Yehuda in den Haushalt aufzunehmen.

Die Musikkapelle Rimpar erhält im Nachhinein einen Zuschuss von 500 €.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, für die Haushaltsjahre 2012, 2013 und 2014 jeweils einen Betrag von 10.000 € zur Förderung von Aktionen innerhalb der Partnerschaften mit der Partnerregion Olmütz und dem Partnerlandkreis Matte Yehuda in den Haushalt aufzunehmen.

Die Musikkapelle Rimpar erhält im Nachhinein einen Zuschuss von 1.000,00 Euro.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KA/2011.09.12/Ö-2

Zur weiteren Veranlassung an S2, ZFB 2

Zur Kenntnis an KRPA

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzender

Kreisausschuss	Termin 12.09.2011	Vorlage: KrPA/009/2011
		TOP 3
		öffentlich

Fachbereich: Kreisrechnungsprüfungsamt

Betreff:

Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2009

Sachverhalt:

Die Jahresrechnung 2009 wurde durch den Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 04.07.2011 örtlich geprüft. Grundlage für die Prüfung war der Prüfungsbericht des Kreisrechnungsprüfungsamtes vom 30.05.2011.

Das Ergebnis der örtlichen Rechnungsprüfung ist im Prüfungsbericht des Kreisrechnungsprüfungsamtes und in der Niederschrift über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses festgehalten.

Die getroffenen Prüfungsfeststellungen sind der Verwaltung zur Erledigung mitgeteilt worden und deren Vollzug wird vom Kreisrechnungsprüfungsamt im Benehmen mit dem Rechnungsprüfungsausschuss überwacht.

Nach Art. 88 Abs. 3 LKrO stellt der Kreistag nach Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung und der Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten die Jahresrechnung in öffentlicher Sitzung fest und beschließt über die Entlastung.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt die Feststellung der Jahresrechnung 2009 mit den im Prüfungsbericht des Kreisrechnungsprüfungsamtes festgestellten Abschlusszahlen (siehe Anlage Nr.) und er empfiehlt die Entlastung für das Jahr 2009 zu erteilen.

Debatte:

Kreisrat Halbleib, MdL, spricht die hohen Überschüsse beim Abschluss der Jahresrechnung 2009 gegenüber den ursprünglichen Ansätzen an. Er weist darauf hin, dass er jährlich bei Vorlage der Jahresrechnungen solche Überschüsse feststelle. Er bringt nochmals zum Ausdruck, dass solche Überschüsse zum Teil auch zur Verbesserung der Situation der Haushalte der Gemeinden mit verwendet werden müssten. Man müsse deshalb genau den Anteil der Gemeinden an der Kreisumlage prüfen. Er bittet daher ernsthaft darüber nachzudenken. Der Landkreis sei verpflichtet, eine gewisse Balance herzustellen.

Landrat Nuß erwidert, dass seine Überlegungen in eine ähnliche Richtung gingen. Allerdings müsse noch abgewartet werden, da zunächst große Investitionen, wie z.B. die Finanzierung des Um- und Erweiterungsbaues der Realschule Ochsenfurt abzuwickeln seien. Auch müsse man beobachten, in welcher Höhe sich die Bezirksumlage entwickle.

Wenn man feststelle, das insgesamt Luft da sei und dies über länger Zeit so bleibe, dann könne man über Änderungen in der Kreisumlage nachdenken.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss nimmt Kenntnis von der Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2009.
2. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Jahresrechnung 2009 gemäß Art. 88 Abs. 3 LKr0 festzustellen und die Entlastung zu erteilen.

Beschluss:

3. Der Kreisausschuss nimmt Kenntnis von der Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2009.
4. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Jahresrechnung 2009 gemäß Art. 88 Abs. 3 LKr0 festzustellen und die Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KA/2011.09.12/Ö-3

Zur weiteren Veranlassung an KRPA

Zur Kenntnis an ZB

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzender

Kreisausschuss	Termin 12.09.2011	Vorlage: S 2/011/2011
		TOP 4
		öffentlich

Fachbereich: Büro des Landrats

Betreff:

Vorbereitung der Kreistagssitzung am 07.10.2011

Sachverhalt:

Folgende Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Kreistags am 07.10.2011 sind angemeldet und sollen in der Sitzung behandelt werden.

Öffentlich:

- Einführung einer Sitzungsmanagementsoftware „Session“;
Veröffentlichung im Internet
- Förderung der Aktivitäten mit Partnerlandkreisen/regionen des Landkreises Würzburg
- Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2009
- Photovoltaikanlagen auf Grundstücken und Einrichtungen des team orange
- Aktuelle Entwicklungen im ÖPNV

Debatte:

Herr Buchner von der Stabsstelle des Landrats weist darauf hin, dass neben den in der Vorlage enthaltenen Tagesordnungspunkten als 1. Tagesordnungspunkt die Vereidigung eines neuen Kreisrates anstehe. Durch den Tod des ehemaligen Kreistagsmitgliedes Herbert Haas müsse dessen Nachfolger in den Kreistag aufgenommen werden.

Kreisrat Eberth schlägt vor, die Einführung zum Programm „Session“ für die Kreisrätinnen und Kreisräte nicht in einer Kreistagssitzung anzubieten, sondern diese Schulung in zwei separaten Veranstaltungen anzubieten.

Kreisrat von Zobel schließt sich dieser Meinung und weist darauf hin, dass es die gleiche Handhabung seinerzeit bei der Einführung der Doppik gab.

Diese Argumentation schließt sich der Kreisausschuss an und spricht sich dafür aus, die Einführung des Sitzungsmanagementsoftwareprogramms „Session“ im Kreistag am 07.10.2011 beschließen zu lassen. Die Schulung der Kreisrätinnen und Kreisräte soll an zwei getrennten Schulungsterminen durch die Firma Living-Data durchgeführt werden.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KA/2011.09.12/Ö-4

Zur weiteren Veranlassung an S2

Zur Kenntnis an ZFB 4

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzender

Kreisausschuss	Termin 12.09.2011	Vorlage:
		TOP 5
		öffentlich

Fachbereich:

Betreff:

Sonstiges - Schulbegleiter

Debatte:

Kreisrat Halbleib, MdL, spricht das Problem des Schulbegleiters an, das in den letzten Tagen ausführlich in der Presse geschildert worden ist. Er spricht sich dafür aus, dass Bezirk, Landkreis und Stadt Würzburg sich zusammensetzen sollten, um sich auf einheitliche Sätze zu einigen.

Frau Dr. Hetzel, Geschäftsbereichsleiterin 3, erläutert kurz das Verfahren des Schulbegleiters. Sie teilt mit, dass der Bezirk einen Satz von 18,04 Euro beschlossen habe, während der Landkreis mittlerweile 15,00 Euro zahle. In dem in der Presse geschilderten Fall habe das Verwaltungsgericht den Landkreis zur Zahlung von 18,04 Euro verurteilt. Dieses Urteil werde aber vom Landkreis angefochten.

Zum Elternmodell bemerkt sie, dass dies zurzeit in den Fachstellen diskutiert werde.

Kreisrat Eberth weist auf Stundensätze bei der Mittagsbetreuung von Schulkindern hin, die deutlich niedriger lägen. Er sieht eine Gefahr darin, dass bei Festlegung von 18,04 Euro für Schulbegleiter schwierig werde, geeignetes Personal für die Mittagsbetreuung zu niedrigeren Sätzen zu finden.

Landrat Nuß führt nochmals aus, dass der Beschluss des Ausschusses des Landkreises bei 15,00 Euro stehe. Man müsse nun warten, wie das Gericht erneut entscheide.

Kreisrat Halbleib, MdL vertritt die Meinung, dass ein Satz von 15,00 Euro pro Stunden ausreichend gut bezahlt sei.

Ergebnis:

Beschluss-Nr.:

Zur weiteren Veranlassung an

Zur Kenntnis an GB 3

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzender